

Saale-Beitung.

Siebenundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werden die ...

Ercheint täglich ...

Redaktion und Druck ...

Bezugspreis ...

Nr. 255.

Halle, Mittwoch, den 4. Juni

1913.

Die Nordseefahrt der Reichstags- Abgeordneten.

Wilhelmshaven und Helgoland.

Wilhelmshaven, 3. Juni. (Telegr.) Die Reichstagsabgeordneten ...

Die dreißig Reichstagsabgeordneten, die in diesen Tagen unter Führung von hohen Marinebeamten und Seooifizieren eine Informationsreise nach Wilhelmshaven und Helgoland unternahmen ...

Kaiser Wilhelm, dem auch gemerische Politiker das große Verdienst der Flottenbeschaffung zuzurechnen, hat in den letzten Jahren sein besonderes Interesse der Wilhelmshavener Flottenbasis entgegengebracht ...

tragenden Geschütze sind dort aufgestellt, die modernsten Panzerbatterien, Panzerartematen und bombensicheren Kasernements mit den neuesten dreihäufigen Kanzerkrümmern ...

Die Landtagswahlen.

W. Berlin, 3. Juni. (Telegr.) Bis 10 Uhr abends lagen die Ergebnisse aus 271 Wahlkreisen vor. Bis dahin waren gewählt: 433 Abgeordnete, und zwar 146 Konervative, 53 Freikonervative, 70 Nationalliberale, 36 Fortschrittliche Volkspartei, 102 Zentrum, 12 Polen, 2 Dänen, 10 Sozial., 1 Deutsch-Soz. und 1 Christlich-Soz.

Table with 2 columns: Party Name and Number of Seats. Includes Konervative, Freikonervative, Nationallib., Fortschritt. Volksp., Zentrum, Polen, Sozialdemokraten, and Bild.

Es fehlen noch die Ergebnisse aus West-Havelland (3), Teelenburg (1), Bodum (1), Hinfelb-Sersfeld (1), und Penz-Neuhscheld (3).

Berliner Wahlergebnisse:

- 1. Wahlkreis (bisher Dr. Mugdan). Es erhielten: Sanitätsrat Dr. Mugdan (fortsch.) 347 St., Stadtrat Dr. Preuß 1 St. Also gewählt: Dr. Mugdan (fortsch. Wp.).
2. Wahlkreis (bisher Mommsen). Es erhielten: Vantdirektor Karl Mommsen (fortsch. Wp.) 279 St., Graeur Herm. Kluge (kon.) 15 St. Somit gewählt: Mommsen (fortsch. Wp.).
3. Wahlkreis (bisher Kopff). Es erhielten: Rektor Kopff (fortsch. Wp.) 234 St., Expedient Glode (Soz.) 176 St. Somit ist gewählt Rektor Kopff (fortsch. Wp.).
4. Wahlkreis (bisher Kreitzing (fortsch. Wp.). Es erhielten: Dr. Wiemer (fortsch. Wp.) 249 St., Dr. Bernßtein (Soz.) 185 St. Wiltin gewählt Dr. Wiemer (fortsch. Wp.).
Berlin 5. Gewählt: B. Hoffmann (Soz.).
Berlin 6. Gewählt: A. Hoffmann (Soz.).
Berlin 7. Gewählt: Vign (Soz.).
Berlin 8. Gewählt: Cassel (Wp.).
Berlin 9. Gewählt: Strödel (Soz.).
Berlin 10. Gewählt: Rosenow (fortsch. Wp.).
Berlin 11. Gewählt: Liebnicht (Soz.).
40. Berlin 12. Moabit-Weidung. Runge (Wp.) 349, Ernst (Soz.) 331, Ulrich (kon.) 37. Somit Stchwahl Runge-Ernst ersterlich.
Wahlkreis Schöneberg-Neußölln (bisher Reinbacher (fortsch. Wp.). Es erhielten Reichstagsabg. Hue (Soz.) 834 St., Stadtvorsteher Graf von Mutziska (fortsch. Wp.) 434 St., Stadtrat Mier (Neußölln, natl.) 136 St., Pastor Lange (kon.) 34 St. Somit ist gewählt Hue (Soz.).
Telow-Beeslow-Wilmersdorf. In diesem Wahlkreise, in dem die Wahlmänner in acht Gruppen, und zwar in Wilmersdorf, Lichterfelde, Grünau, Copenick, Steglitz, Tempelhof und Beeslow zu wählen hatten, ist gleich im ersten Wahlgang der Sieg der Liberalen entschieden worden. Die Sozialdemokraten entschieden sich in allen acht Gruppen der Abstimmung und erschienen auch nicht zur Wahl. Das Resultat ist folgendes: Gewählt: Harzer a. D. Traub (Wp.) und Amtsgerichtsrat Diepmann (ntl.). (Der Kreis war bisher durch zwei konervative Abgeordnete vertreten.)
24. Nassau, 1. Wahlk. Eßters (Wp.) 975, Herchel (Str.) 183,

- 2. Wahlk. Koneitzg (Wp.) 975, Stroßer (kon.) 183. 3. Wahlk. Wagner (fr.) 883, Königen (natl.) 520. Gewählt wurden Ehlers, Koneitzg, Wagner.
54. Barnim. Gewählt wurden Braun (kon.), Höfer (Soz.) und Hünich (Soz.) mit 1119 Stimmen; ferner erhielten Tresslow (kon.), Paulk (fr.) und Jieten (fr.) je 779 Stimmen. Die Liberalen enthielten sich der Abstimmung.
124. Magdeburg 5. Wolmirsdorf, Neuhausenleben. Im ersten Wahlgang wurde Fahrlich (l.) mit 386 von 389 Stimmen gewählt. Bei engerer Wahl erhielten von 332 abgegebenen Stimmen Gutsbeiziger Bethge (kon.), 192 St., Raßardt (fr.) 140 Stimmen. Fahrlich und Bethge sind somit gewählt.
143. Schleswig 3. Flensburg. Wittdorf (Wp.) mit 205 St. gewählt. Der nationalliberale Gegenkandidat erhielt 194 St.
149. Schleswig 9. Pinneberg. Im engeren Wahlgang wurde Graf Wolke (fr.) mit 214 St. gegen v. Elm (Soz.) mit 120 St. wiedergewählt.
185. Stade 5. Osterholz. Im ersten Wahlgang wurden 353 Stimmen abgegeben. Martens (ntl.) 143, Reize (Soz.) 111, Pfannkuche (Wp.) 23, Wiedenböfer (fr.) 71. In der Stichwahl erhielten von 337 Stimmen Martens 225 und Reize 112. Martens (ntl.) somit wiedergewählt.
19. Danzig 3. Die beiden polnischen Kandidaten wurden mit 306 bzw. 305 Stimmen gewählt, während die deutschen Kandidaten nur 258 Stimmen erhielten.
43. Potsdam 3. Prenzlan-Angermünde. An Stelle des verstorbenen konservativen Kandidaten v. Arnim wurde Landgerichtspräsident Delbrück (kon.) gewählt, ferner Landrat v. Busch (kon.) mit je 402 Stimmen.
132. Merseburg 5. Mansfelder Seckreis, Eisleben-Stadt, Mansfelder Gebirgskreis. Schriftsteller Dr. Arendt (fr.) wiedergewählt mit 553 Stimmen, Landrat v. Jassell (kon.) wiedergewählt mit 547 Stimmen. Rechtsanwalt Pistorius (ntl.) erhielt 25 Stimmen und Parteisekretär Schwilgin (Wp.) 23 Stimmen.
127. Magdeburg 8. Oßchersleben, Halberstadt, Bernigebode. Wiedergewählt Botsch (ntl.) mit 384 und Wiersdorf (ntl.) mit 386 Stimmen. Ferner erhielten Hörnecke (ntl.) 179 und Rammer (kon.) 179 Stimmen.
45. Potsdam 5. Abgegeben 202 Stimmen. Gewählt v. Stäßfel (fr.) mit 103 Stimmen. Dr. Leidig (ntl.) erhielt 99 St.
39. Potsdam 9. Abgegeben 1644 Stimmen. Gewählt Dr. Liepmann (ntl.) und Pfarrer Traub (Wp.) mit je 1052 Stimmen. Die beiden konservativen Kandidaten erhielten je 589 Stimmen.
78. Polen 5. Abgegeben 546 Stimmen. Wiedergewählt wurden beide Polen mit je 388 Stimmen, die konservativen Kandidaten erhielten je 158 Stimmen.
167. Silesheim 1. v. Campe (ntl.) mit 267 Stimmen wieder gewählt. Der konservative Kandidat erhielt 183 Stimmen.
133. Merseburg 8. Weißenfels, Naumburg, Zeitz. Gewählt Generalkonjuz Dr. Zemer (kon.) mit 541 Stimmen und Oberlehrer Dr. Vranenburg (ntl.) mit 535 Stimmen. Ferner erhielten Oberpostsekretär Schüpke (Wp.) 11 Stimmen, Anfeibler Harte (ntl.) 67 Stimmen und Amtsvorsteher Kluge (l.) 29 St.
176. Silesheim 3. Dumratz (ntl.) mit 97 Stimmen gewählt. Die Freikonervative erhielten 92 Stimmen, abgegeben wurden 189 Stimmen.
175. Silesheim 2. Abgegeben wurden 381 Stimmen. Wiedergewählt wurde Wende (fr.) mit 200 Stimmen, Der nationalliberale Kandidat erhielt 181 Stimmen.
169. Silesheim 3. Es wurden 238 Stimmen abgegeben. Wiedergewählt wurde Ahrens (kon.) mit 205 Stimmen. Der nationalliberale Kandidat erhielt 82, der Welfe 1 Stimme.
180. Silesheim 7. Just (ntl.) wurde mit 267 Stimmen wieder gewählt. Der sozialdemokratische Kandidat erhielt 205 St.
238. Wiesbaden 10. v. Bülow (ntl.) wurde mit 88 Stimmen wiedergewählt. Der Zentrumskandidat erhielt 44, der Volksparteier 18 Stimmen.
261. Arolsen 1. Abgegeben wurden 215 Stimmen. Gewählt wurde Krüger (ntl.) mit 142 Stimmen, v. Bodelschwingh (kon.) erhielt 73 Stimmen.
184. Stade 4. Lehe, Geestemünde. Gewählt Hiltmann (ntl.) 166 Stimmen. Rüßmann (ntl.) 132 Stimmen.
228. Kassel 13. Schlüßtern-Gelshausen. 245 Wahlmänner. Jengsbacher (fr.) 183 Stimmen, Schwarzhaup (ntl.) 62 St.
156. Schleswig 16. Stormarn, Schwarzhof. v. Bonin (fr.) wiedergewählt mit 221 Stimmen. Danke (ntl.) 46, Hirsch (Wp.) 26, Bartels (Soz.) 147 Stimmen.
128. Magdeburg 7. Raabe, Duedlinburg, Ufersleben. 650 Wahlmänner. 1. Wahlgang Konervative 362, Nationalliberale 287 Stimmen. 2. Wahlgang Nationalliberale 343, Freikonervative 307 Stimmen. Gewählt Gubert (l.) und Dümmling (ntl.).
58. Frankfurt a. D. 7. Gablen, Sorau, Forst. 779 Wahlmänner. 1. Wahlgang Nationalliberale 628, Sozialdemokraten 148 Stimmen. 2. Wahlgang: Volkspartei 432, Freikonervative 340 Stimmen. Schmidt (ntl.) und Lypum (Wp.) gewählt.



238. Wiesbaden 7. Erster Wahlgang Geil (Str.) 159, von Berg (fr.) 155, Burgeff (Rp.) 82, v. Kiden (b. f. R.) 30; zweiter Wahlgang Geil 158, Berg 164. Geil somit gewählt.  
154. Schleswig 14. Kiel. Hoff (Rp.) mit 529 Stimmen gewählt. Breuer (Soz.) 483 Stimmen.  
115. Hagen 3. Hannover. Erster Wahlgang Schäfer (kon.) 277, Wilmann (nl.) 268, zweiter Wahlgang Pohl (Rp.) 310, Brecher v. Forstner (kon.) 278. Schäfer und Pohl somit gewählt.

# Allgemeiner deutscher Pressetag.

Tagung des Reichsverbandes der deutschen Presse.  
(Telegr. Bericht.) Düsseldorf, 2. Juni.  
In der heutigen Sitzung des Reichsverbandes der deutschen Presse sprach an erster Stelle Scheel (Mannheim) über die

**Soziale Enquete.**  
Diese soziale Enquete ist von vorerem Delegiertentag beschlossen worden. Es wurde eine Kommission eingewählt, welche einen entsprechenden Fragebogen herstellen soll. Dieser Fragebogen lag der Verammlung vor und der Referent erörterte die Einzelheiten der aufgestellten Fragen. Die Verhandlung soll in der Woche geschehen, daß die einzelnen Unterredungen als Absender figurieren, während als Sammelstelle eine Zentralstelle, womöglich in Berlin, in Aussicht genommen ist. Von der Zentralstelle aus soll das gesammelte Material bearbeitet werden. Der Fragebogen bezieht sich auf die Arbeitskraft des Betreffenden, auf den Umfang der Zeitung, bei der er beschäftigt ist usw. — Aus der Mitte der Verammlung heraus wurden noch verschiedene Ergänzungen gewünscht. Unter anderem wurde betont, daß man auch die sozialdemokratischen Redakteure bei der Enquete mit erfassen müsse. — Der Fragebogen wurde schließlich in der vorliegenden Fassung genehmigt und der Vorstand ermächtigt, die dargelegten Wünsche eventuell mit Hinzuzuarbeiten.  
Gesefredatter Dr. Mohr (München) behandelte das Thema

## Vorbildung der Redakteure.

Er führte aus, daß die Pflege der journalistischen Berufsbildung Zeit langer Zeit dringlich sei. Hier und in der Öffentlichkeit gehen die Meinungen in dieser Frage weit auseinander. Alle Liebesswürdigkeiten können uns nicht darüber hinweggehen, daß wir hier noch Berge zu überwinden haben. Bei der Frage der Ausbildung stelle ich voran die Forderung: Freiheit! Sollte diese eingehend werden, so lassen wir lieber alles, wie es ist. Die Entwicklung der letzten zwanzig Jahre hat viel verändert. Manche sind der Meinung, Begabung für unseren Beruf sei alles. Aber es ist doch nicht nötig, daß die junge Generation sich erst durch den Berg von Erfahrungen hindurcharbeiten muß, den wir hinter uns haben. Der Ruf nach Bildung ist um so schärfer an uns herangetreten, als es auch in kleinen Betrieben zu einer großen Spezialisierung der verschiedenen Arbeiten gekommen ist. Der Referent legte eine Reihe von Vorschlägen vor, die im wesentlichen folgendes besagen: „Der journalistische Beruf ist ein freier Beruf und setzt keine eigentliche Berufsbegabung voraus. Er ist ein Beruf des praktischen angewandten Wissens. Eine Vorbereitung kann nur im Anschluß an die Praxis und theoretisch im Zusammenhang mit allgemeinen Bildungsbildungen erfolgen. Besondere Fachschulen sind ungeeignet, ebensowenig läßt sich die Qualifikation auf dem Wege eines Berufsexamens gewährleisten. Der journalistische Beruf muß allen Berufsstrajfen freibleiben. Die journalistische Berufsbildung ist eine gemeinsame Sache der Verleger und Journalisten. Sie ist nur in Zeitungsbetrieben selbst möglich. Darum wird der Vorstand des Reichsverbandes ersucht, sich mit dem Verein Deutscher Zeitungsverleger in Verbindung zu setzen und mit diesem in eine Erörterung über Ausbildungsmöglichkeiten einzutreten und festzustellen, welche Zeitungen gewillt und geeignet sind, Volontäre anzunehmen und zu schulen.“ Der Vortragende machte dann noch Vorschläge zu einzelnen Punkten seines Referates.

Die ganze Nachmittagsitzung wurde der Diskussion über den Vortrag Dr. Mohrs ausgefüllt. — Dr. Rastan (Berlin) eröffnete einen Zusammenhang zwischen Journalismus und technischem Zeitungsbetrieb nicht an. Ueber das Grundprinzip konnte man nicht hinweg; der Journalismus als solcher kann nicht erlernt werden, ebensowenig ist das Handwerk eines Minikers. Freiheit muß man als Journalist Kenntnisse haben, aber woher man sie hat, ist gleichgültig für den, der in der journalistischen Praxis steht. Der Journalist muß beweisen, daß er etwas leisten kann, aber er braucht dazu kein Diplom. Glauben Sie etwa, daß Sie unserem Stande nutzen, wenn Sie an den Universitäten Vorlesungen für Journalistik oder Seminare für Zeitungsfunde einrichten? Ich glaube das nicht. Leihen Sie die ganze Vorbildungsfähigkeit ein für allemal verschwunden sein, wir haben wirklich wichtigere Dinge zu tun. — Kreitmeyer (Saarbrücken) meinte, jeder Redakteur müsse auch den technischen Betrieb kennen, denn wenn er einen Leitartikel schreibt, müsse er wissen, in welcher Zeit er geht werden könne. Der Referent verlangte juristische Vorbildung der Redakteure, und die Gerichtsberichterstattung zu verbessern.  
Ministerialrat Herzog sprach sich auf dem Standpunkt, daß durch seine Vorlesung eine Garantie für die Tätigkeit der Redakteure geschaffen werden kann. Die Vorbildung für den Beruf sei Lust und Liebe und Begabung. Der Referent empfahl ein gewisses Maß von juristischer Bildung; die Stellung der Presse auf diesem Gebiet sei noch ziemlich zurückgeblieben.

Verlagsdirektor Bernhardt (Berlin): Der Journalismus an sich ist eine Kunst und kann nicht gelehrt werden. Kenntnisse sind nötig, aber es ist gleichgültig, woher sie der Redakteur hat. Die technische Kenntnis des Zeitungsbetriebes schließt sich der Redakteur aus dem Vornel. Die ganze Aktion, die wir hier einleiten wollen, schädigt das Ansehen des Standes. Die journalistischen Seminare werden Zuchtungsanstalten für Journalisten werden und der Erfolg wird der sein, daß wir noch mehr Bewerberungen unfähiger Menschen bekommen als bisher. Wir wollen jeden Anfang akademischer Heberhebung von Anfang an ausschließen. — Herzog (Saarbrücken) ist der Meinung, daß beide Anschauungen miteinander sich ganz gut verbinden können.  
Nach längerer Debatte gingen sich Dr. Mohr und Direktor

Bernhard über die kontroversen Vorschläge Dr. Mohrs auf einen Antrag, dessen erster Passus besagt, daß der Reichsverband es für selbstverständlich erachtet, daß bei der Veranstaltung journalistischer Vorträge die besten Vorträge der Gesellschaft des Reichsverbandes und die Zentralstelle der Gesellschaften des Reichsverbandes, um sich junger Leute, die sich dem journalistischen Beruf zuwenden wollen, mit besonderem Interesse Rat zur Verfügung zu stellen. Im dritten Passus wird den Landesverbänden anheim gegeben, durch öffentliche Vorträge über das Zeitungswesen das Verständnis für Eigenart des Zeitungsbetriebes und die Zusammengehörigkeit von Zeitung und Öffentlichkeit in weiteren Kreisen zu verbreiten und in Verbindung mit dem Verleger von Zeit zu Zeit wissenschaftliche Fortbildungskurse für im Preise stehende Journalisten zu veranstalten.  
Dieser Antrag wird schließlich mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Nachdem Dr. Hamdurger (Berlin) den Geschäftsbericht bekanntgegeben hatte, wurde der Kasienbericht verlesen, der eine günstige Entwicklung der finanziellen Verhältnisse zeigt. — Heute abend folgte die Teilnahme an der Tagung einer Einladung des „Düsseldorfer Maltaften“ zu einem zwanglosen Zusammensein.

# Deutsches Reich.

## Das Anwachsen der Fideikommission in Preußen.

Nach einer Zusammenstellung der „Stat. Korr.“ waren in Preußen am Ende des Jahres 1910 2401 787 Fideikommissionen mit 6,89 Proz. des Gesamtvermögens des Staates fideikommissionarisch gebunden.

Im Berichtsjahre 1910 wurden im ganzen 17 Fideikommissionen neu errichtet, nämlich 4 im Reg.-Bez. Pommern, 3 im Reg.-Bez. Breslau, 2 in den Bezirken Frankfurt und Marienwerder und je 1 in Königsberg, Danzig, Bromberg, Königsberg, Münster und Kassel. Die neu errichteten Fideikommissionen haben eine Gesamtfläche von 219 227 Hektar und einen Grundsteuer-Nettoertrag von 219 027 Mark; ungeachtet dieser Fläche von 2670,3 Hektar mit 20 705 Mark Grundsteuer-Nettoertrag hinzu, so erhält man für das Jahr 1910 einen Gesamtvermögen von 24 993,5 Hektar mit 230 732 Mark Grundsteuer-Nettoertrag. Aufgeführt wurden 2 Fideikommissionen, nämlich je 1 in den Reg.-Bez. Stettin und Münster mit zusammen 1127,7 Hektar Flächeninhalt und 9287 Mark Grundsteuer-Nettoertrag. Unter Hinzurechnung des durch Verkleinerung von Fideikommissionen entstandenen Abganges von 1675,9 Hektar mit 34 630 Mark Grundsteuer-Nettoertrag ergibt sich ein Gesamtvermögen von 280,8 Hektar mit 43 867 Mark Grundsteuer-Nettoertrag. Es betrug somit der Mehrzuwachs an Fideikommissionen 15 und an Fideikommissionen 22 189,9 Hektar mit 195 665 Mark Grundsteuer-Nettoertrag. Auf die Gesamtfläche des preussischen Staates berechnet betrug der Mehrzuwachs an Fideikommissionen 0,07 Proz.

Den größten Zuwachs an Fideikommissionen im Berichtsjahre machte die Provinz Pommern mit 923,6 Hektar; es folgten dann in weitem Abstände Westpreußen mit 479,4 Hektar und Hannover mit 2768,9 Hektar. Drei Provinzen haben dagegen einen Mehrabgang an Fideikommissionen zu verzeichnen, nämlich Pommern mit 900,7 Hektar, Schleswig-Holstein mit 372,9 Hektar und Sachsen mit 41,3 Hektar.

Vergleicht man die einzelnen Landesteile des preussischen Staates bezüglich der Verteilung der Fideikommissionen miteinander, so ergibt sich, daß die Provinz Sachsen mit 16,94 und die Hohenzollernschen Lande mit 16,45 Proz. weit über dem Staatsdurchschnitt von 6,89 Proz. stehen. Die größte Ausdehnung der Fideikommissionen findet sich in den Regierungsbezirken Pommern mit 21,6 Proz. und Straßburg mit 21,1 Proz., die also mehr als ein Fünftel der gesamten Fideikommissionen betragen und den Staatsdurchschnitt um mehr als das Dreifache übersteigt. Am wenigsten ist der Grund und Boden in den Provinzen Hannover mit 2,11 Proz. und Rheinland mit 2,92 Proz. fideikommissionarisch gebunden.

Im Berichtsjahre waren von den fideikommissionarisch gebundenen Besitz im Staate 46,6 Proz. Waldfläche. Nach Bezirken ist die Fideikommissionen am größten in Trier mit 78 Proz., in Sigmaringen mit 77,8 Proz. und in Arnberg mit 76,7 Proz., während sie in den Bezirken Aachen nur 8,4 Proz., Straßburg 18,7 Proz. und Schleswig 19,6 Proz. des gesamten fideikommissionarisch gebundenen Vermögens des betr. Bezirkes betragt.

## 133 deutsche Kriegsschiffe.

Nach der neuen amtlichen Schiffsliste besteht die deutsche Flotte gegenwärtig aus 133 Schiffen, wobei natürlich Torpedoboote und Unterboote nicht mitgerechnet worden sind. Der Zahl nach wächst die deutsche Marine nicht in jedem Jahre, denn vor drei Jahren wurden in der amtlichen Liste bereits 136 Schiffe gelistet. Damals wurden jedoch die Panzerartillenboote mitgerechnet, die seit einiger Zeit argegeschiffen sind, weil sie keinen Bekämpfungswert mehr haben. An ihre Stelle sind Linienfähren und Kreuzer getreten, und wenn die Gesamtzahl von 1909 auch noch nicht wieder erreicht worden, so hat das weiter nichts zu sagen. Die Gesamtzahl der deutschen Kriegsschiffe hat jedenfalls seit jener Zeit ganz erheblich zugenommen. — Die Flotte enthält aber auch heute noch völlig veraltete Schiffe, die für den Zweck, dem sie ursprünglich dienen sollten, nicht mehr in Betracht kommen, daneben aber auch neue, noch nicht einmal im Bau vollendete.

Im einzelnen sind vorhanden: 35 Uinienschiffe, 8 Küstenpanzer, 19 große Kreuzer, 39 kleine Kreuzer, 8 Kanonenboote, 3 Flugkanonenboote, 8 Schnellboote und 13 Spezialschiffe.  
Von neuen Uinienschiffen, der „Kaiser“-Klasse, sind fünf Bauten aufgeführt, nämlich „Kaiser“, „Friedrich Luitpold“, die Schiffe „König Albrecht“ und „Prinzregent Luitpold“. Die Schiffe „König Albrecht“ und „Prinzregent Luitpold“ sind von 28 000 Bellenperden, die „Kaiser“ und „Friedrich Luitpold“ von 24 700 Tonnen Kreuzern, die neuerdings auch Uinienschiffe sind, genannt werden, zeigen die neuesten Schiffe, nämlich die Entwicklung vorwärts schreitet. Der 19 400 T. große „von der Tann“ hat Turbinen von 43 600 Bellenperden. Die nach ihm erbauten „Moltke“ und „Göben“, die 23 000 T. groß sind, bringen es auf 52 000 Bellenperden und der kürzlich fertig gewordene „Seppel“, der mit 25 000 T. zurzeit das größte Schiff der Marine ist, besitzt Turbinen von 63 000 Bellenperden. — Die neuesten kleinen Kreuzer „Carlsruhe“ und „Roon“ haben eine Größe von 4900 T. mit 26 000 Bellenperden.

Von den 133 Kriegsschiffen gehören 77 zur Disposition und 56 zur Reserve. 55 sind der letzten Dienst in Kiel, 55 der Disposition in Wilhelmshaven und 20 der Disposition in Danzig zugeteilt.

## Graf Wedel bleibt.

Wie aus „guter Quelle“ erfährt man, sind die Nachrichten über einen Rücktritt des Statthalters wesentlich verflüchtigt, und es sind Ausichten vorhanden, daß es nicht zum Rücktritt kommen wird. Ein solcher würde nicht nur in der altpreussischen, sondern auch bei dem größten Teil der einflussreichen Bevölkerung sehr bedauert werden. So beherzigt auch die letzte Tat der Regierung war, sicher steht fest, daß kein Statthalter bisher sich so die Sympathien im guten Glauben erworben hat wie der Graf Wedel; und vom Grafen Wedel ist man schließlich überzeugt, daß er mit den Ausnahmeverordnungen wirklich nur den Nationalismus hat treffen wollen. Nachdem aber die Vorlagen ebenso wie auf der anderen Seite der Nationalismus jetzt die entscheidende Berechtigung durch die Parlamente gefunden und die Parteien größtenteils zugestanden haben, daß der Statthalter im guten Glauben gehandelt hat, erscheint sein Rücktritt nicht nötig.

## Kleine vermischte Nachrichten.

**Budapest, 3. Juni.** Der Gerichtshof sprach den oppositionellen Abgeordneten Dely von der Anklage der Beleidigung des Ministerpräsidenten Lufacs frei. Der Staatsanwalt melde die Nichtigkeitsbeschwärde an. Zahlreiche Anhänger der Opposition waren vor dem Gerichtsbaude verammelt und drachten dem Abgeordneten Dely förmliche Kundgebungen dar.

## 107- und Personalnachrichten.

**Wien, 3. Juni (Telegr.)** Der kaiserl. Kommandant von Wien, 2. Juni nachmittags in Altheid ein. Die Majestäten begaben sich in Automobilen zum Kinderheim. Der Ort ist festlich geschmückt.

**Der Prinzregent Ludwig von Bayern und Gemahlin** sind gestern früh mit dem Sonderzug vom offiziellen Besuch nach Wien abgereist. Im Gefolge befinden sich der Staatsminister des königlichen Hauses und des äußeren Dr. Frhr. v. Serbelli, Oberhofmeister Graf von Zeinsheim, Oberkammerherr Frhr. von Seibitz, Oberkassamüller Frhr. v. Roon.

**70. Geburtstag von Frau v. Thelen.** Selma v. Thelen, die Witwe des verstorbenen Eisenbahnministers, feiert am 4. Juni ihren 70. Geburtstag in Freife und Küstigkeit.

# Ausland.

## Graf Romanones bleibt.

Madrid, 2. Juni. Graf Romanones begab sich gestern um 7 1/2 Uhr in das Palais, das er 8 Uhr 15 Min. wieder verließ. Er erklärte den Journalisten, daß der König ihm lediglich angehördigt habe, daß er ihm die Regierung von neuem übertrage. Graf Romanones teilte den Journalisten mit: Die von Mauro am Donnerstag in der Kammer gehaltenen Rede hat im Parlament eine Störung der geselligen Beziehungen der Regierungsparteien hervorgerufen. Nach der Ministerpräsident, der auf die Unterstützung der Mehrheit der beiden Kammern rechnete, hielt es für seine Pflicht, der Krone unersätzlich Gelegenheit zu verschaffen, die Meinung und Ratsschläge von Persönlichkeiten, die auf Grund ihrer Stellung in der konservativen oder liberalen Partei dazu autorisiert sind, über die neue Lage und die aus ihr zu ziehenden Konsequenzen zu hören. Der König glaube, nachdem er verschiedene Personen befragt und die von ihnen geäußerten Meinungen abgesehen hat, daß kein Grund dazu vorliege, die geringste Veränderung in der politischen Lage vorzunehmen. Er hat die Frage gelöst, indem er von neuem sein Vertrauen dem Grafen Romanones übertrug, der an der Spitze des Kabinetts in seiner gegenwärtigen Zusammenstellung bleibt. Die Cortes nehmen sofort ihre Sitzungen wieder auf, um die politischen Debatten fortzusetzen und die Gesetzentwürfe, die das Regierungsprogramm darstellen, zu beraten.

## Nus Skutari

medhet der „Aq“: Ueber die Arbeit der internationalen Expedition in Skutari können wir folgende Einzelheiten mitteilen:

Die ersten Reime des jungen Staates Albanien werden noch immer von Seemannshänden gepflegt und in den regelmäßigen Konferenzen, die der englische Admiral mit den Kommandanten der Mächte abhält, entwickelt. Das Parlament aber tagt jetzt unter dem zum Gouverneur ernannten Regententapitanon Klling. Am Anfang und Dienstag der jüngste der Befehlsgeber, war er die geeignete Persönlichkeit für den Posten auf Grund von Sprachkenntnissen und weltmännischer Gewandtheit im Verkehr. Nebeneben ist ihm ein junger italienischer Offizier mit der Aufgabe, an Ort und Stelle zu stehen, daß die Befehle in Italien umgesetzt werden. — Die Bevölkerung hat sich soweit an die Anwesenheit der bewaffneten Macht Europas gewöhnt, daß wieder Vergehren oder auch Verbrechen in der normalen Zahl begangen werden. Als vorläufig einige Polizeibeamte nehmen dann Posten und Patronen Verhaftungen vor. Das Missfallen der Verhafteten über die Tatsache, daß sie unter dem neuen Regime den Tag der ersten Arbeit und die Nacht hinter Schloß und Riegel verbringen müssen. Früher war ihnen letztere Kränkung erspart geblieben, denn wenn der Orientale Zigaretten tabak braucht oder Durst nach Kaffee spürt, muß er doch über die Straße gehen können! Verhängt wird die Befragung wegen kleinerer Vergehren und bis zu etwa einer Woche Gefängnis vom ersten Offizier des französischen Kreuzers. Ueber schwerere Untaten urteilt ein Tribunal von drei Richtern. — Die Außenwerke sind von den Montenegroern geräumt. Ein englischer Offizier bildet die eingeborene Polizeimannschaft aus.

## Interpellation zum Fall Redl.

**Wien, 3. Juni. (Telegr.)** Im Abgeordnetensaal brachten die Christlich-Sozialen eine Interpellation über den Fall Redl ein, in der sie sich äußerten, daß man, anstatt die Strafe zum Militärgericht zu stellen und der gerechten Strafe auszuführen, ihm das Verbrechen des Selbstmordes nahegelegt und die Defektheit mit unmaßvollen Reden über den Selbstmord irreführend habe. Dieses Mittel sei ungeeignet, die Standesbeurteilung der Offiziere zu schützen und die







